

**DR. MARTIN BARTENSTEIN**  
Bundesminister

XXII. GP.-NR

192/AB

2003-05-06



zu 163/J

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 5/05/03  
GZ 10.101/24-IK/1a/03

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 163/J betreffend "Kroatien für Investoren kein Paradies?", welche die Abgeordneten Mag. Maier, Kolleginnen und Kollegen, am 06. März 03 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:**

Aus vergangenen Interventionen sind die Probleme der Alpinamare-Hotelholding GmbH im Zusammenhang mit dem Hotel Katarina in Rovinj bekannt. Im Oktober 1999 hat der österreichische Hotelier Dr. Wilfried Holleis (50,1%) mit der kroatischen Firma Jadran Turist (damalige Tochterfirma der Zagrebacka Banka) (49,9%) einen Joint Venture-Vertrag zur Realisierung eines der ersten großen Investitionsprojekte aus der EU im kroatischen Tourismus abgeschlossen. Nach diesem Vertrag hat sich der österreichische Mehrheitseigentümer verpflichtet, nach Ablauf des 5. Geschäftsjahres den gesamten kroatischen Anteil um einen bereits festgelegten Preis zu kaufen. Im März 2001 kam es zum Verkauf der Jadran Turist an die kroatische Tabakfirma Tvrnica Duhana Rovinj (TDR). Seit diesem Zeitpunkt traten vermehrt Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern auf, die letztlich in der Klage der Jadran Turist auf Liquidation der Otok Katarina (Juni 2002) gipfelte. Mit Urteil des Handelsgerichts Rijeka vom 29. Jänner 2003 wurde die Liquidation der Gesellschaft festgestellt. Eine Berufung wurde erhoben.



**Antwort zu den Punkten 3 und 4 der Anfrage:**

Die Angelegenheit wurde immer wieder von Österreich gegenüber der kroatischen Seite releviert. Zum einen wurde die Causa im Rahmen bilateraler Besuche wiederholt angesprochen (zuletzt im Mai 2002 anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Klestil in Kroatien und im September 2002 anlässlich des Besuchs des kroatischen Staatspräsidenten Mesic in Wien), zum anderen ist die Österreichische Botschaft in Agram seit Jahren intensiv um eine Lösung der verschiedenen in diesem Fall entstandenen Probleme im Sinne von Dr. Holleis bemüht. Zuletzt hat es über Wunsch der Streitparteien erstmals Einigung zur Abhaltung eines informellen Streitbeilegungsgespräches im kroatischen Wirtschaftsministerium und in Anwesenheit der Botschaft gegeben.

Der Fall wurde ebenso anlässlich der 5. Tagung der Gemischten österreichisch-kroatischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Mitte Juni 2002 in Salzburg) umfassend erörtert und das von Dr. Holleis vorbereitete Memorandum übergeben sowie im Rahmen einer Zwischensessionstreffens mit der kroatischen Seite (Ende Jänner 2003 in Wien) erneut vorgebracht. Jüngst (14. Februar 2003) wurde das Problem auch von Bundeskanzler Schüssel gegenüber Premierminister Racan angesprochen.

**Antwort zu den Punkten 5 und 6 der Anfrage:**

Insgesamt ist der kroatische Markt für österreichische Unternehmen überaus interessant und lukrativ. Die österreichische Wirtschaft hat sich seit 1993 mit Investitionen von 2,18 Mrd € und einem Anteil von ca. 30% an den Gesamtinvestitionen als größter ausländischer Investor ausgezeichnet positioniert. Auch die österreichischen Exporte nach Kroatien haben 2002 die 1 Mrd € - Marke erreicht.

Diesem intensiven Engagement österreichischer Firmen stehen allerdings verschiedene Risiken bzw. Schwierigkeiten gegenüber:

- Häufige Zahlungsprobleme kroatischer Unternehmen, wodurch gesicherte Zahlungskonditionen (Vorauszahlung, Bankgarantie, Akkreditiv) jedenfalls anzuraten sind.

- 3 -

- Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Rechtsdurchsetzung, weil erstinstanzliche Gerichtsverfahren zumeist Jahre dauern und dann der Instanzenzug noch nicht ausgeschöpft ist. Deshalb sollte bei der Vertragsgestaltung immer auch auf die Verankerung einer Schiedsgerichtsklausel geachtet werden.
- Ein unzureichendes Grundbuch, dessen Angaben immer einer sehr genauen Überprüfung bedürfen.
- Langwierige und sehr aufwändige Genehmigungsverfahren und administrative Abläufe, die mitunter auch mit Unwägbarkeiten verbunden sind.
- Eine mangelnde Infrastruktur, die Neuinvestitionen mitunter erschwert.

Um mehr Bewusstsein für diese Problemstellungen und dafür zu schaffen, dass das Wirtschaftsleben im gesamten Land darunter leidet, wurde zuletzt durch die österreichische Aussenhandelsstelle Zagreb, im Rahmen des monatlichen Österreichischen Wirtschaftstisches – ÖWT, anlässlich eines Besuches mit Vertretern von mehr als 60 österreichischen Firmen bei Präsident Mesic ein Memorandum überreicht, in dem diese und weitere Problembereiche sowie mögliche Lösungsansätze aufgezeigt wurden.

Neben den angeführten Problemfeldern ist der Fall Holleis sehr spezifisch und hat primär mit den lokalen Gegebenheiten in Rovinj und den geschäftlichen Interessen der Firma TDR zu tun. Auch ein zweiter Fall mit überlanger Verfahrensdauer ist dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bekannt. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass es sich im gegenständlichen Fall um ein weiterhin gerichtsanhängiges Verfahren handelt.

**Antwort zu den Punkten 7 bis 9 der Anfrage:**

Kroatien hat sich für österreichische Investoren als interessanter und zukunftsreicher Markt erwiesen. Die laufende Intensivierung dieser Beziehungen belegen, dass Kroatien für österreichische Unternehmen bereits ein bewährter Partner ist. Trotz einzelner Problemfälle, zu denen auch der gegenständliche Fall Hotel Katarina zählt, ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kroatien als durchaus positiv zu bewerten. Dieser Befund betrifft auch die Frage der Rechtssicherheit. Dies macht auch verständlich, warum Dr. Holleis in Kroatien mit weiteren Investitionsprojekten präsent bleibt.

Kroatien hat am 21. Februar d.J. den Beitrittsantrag zur EU gestellt. Es ist richtig, dass Kroatien zur Erlangung der Beitrittsreife in vielen Bereichen zusätzliche Acquisanpassung vornehmen und zur Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen noch weitere substantielle Reformen durchführen muss. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass auch Kroatien, wie alle bisherigen Beitrittskandidatenländer, die politischen Kriterien erst mit Verhandlungsbeginn, und die wirtschaftlichen Kriterien erst mit positivem Verhandlungsende erfüllen muss.

Der bis dahin noch bestehende Reformbedarf ist zum Teil im Rahmen des mit der EU unterzeichneten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens erfasst. Obwohl dieses Abkommen noch nicht in Kraft getreten ist, hat Kroatien bereits jetzt an die 60 % von dessen Bestimmungen umgesetzt. Weitere Schritte zu Heranführung an die EU hat die Europäische Kommission im Rahmen eines am 27. März d. J. präsentierten Fortschrittsberichtes zum Stand Kroatiens im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess dargelegt. Kroatien seinerseits begegnet diesen Forderungen aktiv mittels eines im November 2002 verabschiedeten Nationalen Programmes für die Erlangung der EU-Mitgliedschaft, in welchem Kroatien einen Aktionsplan zur Erfüllung der Beitrittskriterien aufgestellt hat.

- 5 -

**Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:**

Tatsächlich wirksam gewordene „Quasi-Enteignungen“ sind nicht bekannt.

**Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:**

Durch die in der Praxis auftretenden erheblichen Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Rechtsdurchsetzung, aufgrund derer erstinstanzliche Gerichtsverfahren zumeist Jahre dauern, sollte bei der Vertragsgestaltung immer auch auf die Verankerung einer effektiven Schiedsgerichtsklausel geachtet werden. Überdies sollten von Seiten des österreichischen Investors klare Eigentumsverhältnisse geschaffen werden. Jedenfalls ist allen Unternehmen zu empfehlen, vor der Aufnahme einer Geschäftstätigkeit in Kroatien auf die Erfahrungen und Unterstützung der österreichischen Vertretungsbehörden, insbesondere der Außenhandelsstelle, zurückzugreifen. Schließlich wird noch auf das seit 1999 zwischen Österreich und Kroatien bestehende bilaterale Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen (BGBl. III/180/99) verwiesen, das eine internationale Schiedsgerichtsklausel enthält.

**Antwort zu Punkt 12 der Anfrage:**

Bedauerlicherweise treten ähnlich gelagerte Probleme auch in anderen EU-Beitrittskandidatenländern auf.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Ursula".